

Das unauflösliche Dilemma

Das Dilemma, so sagt Schmidhüs, bleibt so im Herzen des Greeneschen Werkes stehen. Es ist die „Sackgasse“ der Liebe, die sich erst im Tode — vielleicht — öffnet. Claudel versucht, das gleiche Dilemma poetisch zu verklären und zu harmonisieren — ein Versuch, den Schmidhüs für im Tiefsten zweifelhaft hält. Diesen Versuch unternimmt Greene gar nicht erst. Er verzichtet darauf, den Konflikt, nach den Regeln der Theologie zu rationalisieren — von der er nicht bezweifelt, daß sie „alle Regeln weiß“ (Das Herz aller Dinge). Der Dichter beschränkt sich darauf zu zeigen, was in den einzelnen Herzen vorgehen mag. Und „er neigt dazu, angesichts der Unangemessenheit des Herzens gegenüber den Kräften, die um es kämpfen, anzunehmen, daß diese Vorgänge den Charakter einer absurden Unwahrscheinlichkeit haben. Der Mensch ist und bleibt unmöglich — erst Gottes Barmherzigkeit macht ihn möglich. Diese Möglichkeit muß dann freilich unerhört sein“.

Aber damit ist keine Lehre, damit ist nur die Wirklichkeit einer Erfahrung, der Greeneschen Erfahrung ausgesprochen. Aus der noch so wirklichen Erfahrung, auch aus der religiösen, „kann keine eindeutige Theologie gewonnen werden; sie bedarf vielmehr der Klärung und Ordnung durch die Theologie. Bei der gefährdeten Natur des Menschen ist schon das Machen von Erfahrungen so gefährlich wie unvermeidlich — die Assimilation der Erfahrung anderer, auch in der hohen Form der Dichtung, kann noch gefährlicher sein“. Greene ist kein „katholischer Dichter“, d. h. kein Dichter, der aus einer katholischen Welt hervorgewachsen wäre. Er ist aber ein Dichter, der Katholik ist. Wenn er „aus seiner Erschütterung über den Zustand der Welt zur Erschütterung derer spricht, die sich allzu leicht mit diesem Zustand abfinden“, so kann er dieses Wagnis nur im Vertrauen darauf unternehmen, daß sein Werk von seinen katholischen Lesern unter Mitwirkung der an der Lehre geschärften Gabe der Unterscheidung aufgenommen wird.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die Gewerkschaften am Scheidewege

Die seit längerer Zeit bestehenden Gegensätze zwischen der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) und der Deutschen Einheitsgewerkschaft (DGB), über die die Herder-Korrespondenz mehrfach berichtete (vgl. 5. Jhg. S. 459 ff. und 6. Jhg. S. 441 f.), haben sich in den letzten Monaten verschärft. Bei dieser Auseinandersetzung, in der die Führung der KAB als Sprecher der katholischen Arbeiter auftritt, die Mitglieder der KAB und zugleich Mitglieder der Einheitsgewerkschaft sind, handelt es sich um zwei Fragen. Einmal greifen katholische Gewerkschaftler den Deutschen Gewerkschaftsbund wegen seiner immer stärker werdenden sozialistischen Tendenzen und wegen seiner engen und einseitigen Anlehnung an eine Partei an. Dieses Verhalten bedeutet nach Auffassung der christlichen Gewerkschaftsvertreter eine Verletzung der feierlichen Abmachung über die strikte Neutralität der Gewerkschaften in weltanschaulichen und parteipolitischen Fragen. Zum anderen glauben die gleichen christlichen Vertreter — und mit ihnen viele Christen in Westdeutschland —, daß die heutige deutsche Einheitsgewerkschaft einen verhängnisvollen Zug zur Beeinflussung aller Bereiche des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens entwickelt. Beide Erscheinungen, gegen die katholischer Seite protestiert wird, stehen in ursächlichem Zusammenhang. Die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird sich in Zukunft ernsthafter mit diesen Beschuldigungen auseinandersetzen müssen, und das nicht nur theoretisch, sondern auch in der praktischen Gewerkschaftsarbeit im kleinen, wenn ihr geglaubt werden soll, daß sie an der Einheitsgewerkschaft und an ihren Voraussetzungen festzuhalten gewillt ist.

„Gewerkschaften im Zwielficht“

Im gegenwärtigen Zustand der Auseinandersetzung bemüht sich die Gewerkschaftsführung vor allem, den An-

greifern zu begegnen, die an ihrer parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität zweifeln.

Wie die Herder-Korrespondenz meldete (6. Jhg. S. 441 f.), hatte die Führung der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) neben der laufenden Kritik in der „Kettelerwacht“ im April dieses Jahres in einer Broschüre „Gewerkschaften im Zwielficht“ der Öffentlichkeit zahlreiche Tatsachen aus der Arbeit der Einheitsgewerkschaft vorgelegt, die zu schwersten Befürchtungen Anlaß geben. Der Vorstand des DGB hielt es — nach jahrelangem Schweigen gegenüber allen besorgten Anfragen der KAB — zum ersten Mal für nötig, diesen Angriffen entgegenzutreten. In einer Gegenschrift „Gewerkschaften im Zwielficht?“ setzt sich Matthias Föcher, der 2. Vorsitzende des DGB, mit den Angriffen auseinander und erledigt die Vorwürfe, indem er sie vom Detail her als unsachlich, unrichtig oder übertrieben zu erweisen sucht oder sie wenn er ihre Berechtigung zugeben muß, mit menschlicher Unzulänglichkeit entschuldigt. Auf die eigentliche Forderung der KAB-Führung geht er dagegen nicht ein, nämlich zu beweisen, daß es der Deutschen Einheitsgewerkschaft mit der parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität ernst ist. Während in dem Schlußwort der KAB-Broschüre sehr klar die Sorge um die Neutralität des DGB ausgesprochen wird, stellt Föcher die Verantwortlichen der KAB-Schrift als unwahrhaftig und unsachlich hin. Ihn tröstet „der Umstand, daß es sich bei diesem Kampf gegen die Gewerkschaften bei der KAB nur um bestimmte Personen handelt“, während „die Mehrzahl der Mitglieder in ihrer Treue zur einheitlichen Gewerkschaftsbewegung unerschütterlich ist“. Um diesen Satz zu beweisen, stellt er an die Spitze seiner Antwortschrift eine ausführliche Stellungnahme von Gewerkschaftsangestellten, die gleichzeitig auch der katholischen Standesorganisation (KAB) angehören und die sich gegen die Herausgeber der KAB-Broschüre wenden. In dieser Erklärung der Recklinghauser Tagung der KAB vom 29. und 30. 3. 1952 wird in erheblich schärferer Form, als das

in der Schrift Föchers der Fall ist, gegen „jede Aufspaltung der Gewerkschaften“ als „ein in keiner Weise zu rechtfertigendes Vergehen gegen die Lebensinteressen der Arbeitnehmer“ polemisiert und ein starrer Konformismus um jeden Preis vertreten, während die Führung der KAB die klare Alternative zu stellen weiß: entweder echte Einheitsgewerkschaft unter der Voraussetzung der strikten Neutralität oder Trennung, wenn sich die Absichten und Zielsetzungen der Einheitsgewerkschaft allzu eindeutig gegen die katholische Soziallehre wenden sollten.

Die Gewerkschaften im Streite der Meinungen

In drei Beiträgen, die im DG-Informationsblatt vom 23., 25. und 26. September unter der Überschrift „Gewerkschaften im Streit der Meinungen“ erschienen sind, versucht Matthias Föcher, die Ursachen für die gegenwärtige Mißstimmung der Öffentlichkeit gegen die Gewerkschaften bloßzulegen. Als ersten Grund nennt er in diesem Zusammenhang das „Übersehen der zwangsläufigen Wechselbeziehungen zwischen Ursache und Wirkung“. Mit dieser etwas komplizierten Formulierung will Föcher sagen, daß das Wirken der Gewerkschaften nur Reaktion gegen die schlechten sozialen Zustände sei, die nun eben von den Nutznießern dieser alten, überkommenen Ordnung als unberechtigt empfunden und daher abgelehnt und bekämpft werde. „Ohne die Ausartung des kapitalistischen und mammonistischen Geistes in der Wirtschaft wäre bestimmt nicht jener Klassenhaß und Klassenkampf denkbar gewesen, der so zersetzend in unser ganzes Volksleben hineinwirkte und der auch heute noch nicht völlig überwunden ist.“ Es zeigt sich hier leider, wie stark auch das Denken dieses christlichen Gewerkschaftlers von den alten, von der Wirklichkeit längst überholten Klassenkampfschemata des 19. Jahrhunderts beherrscht wird.

Föcher spricht ferner von einem „Denken in abgegrenzten Räumen“. Gemeint ist die Beeinflussung des Urteils durch Gruppen- und vor allem Parteiinteressen und die daher kommenden Machenschaften. „Eine an sich schlechte Sache würde zum Beispiel nicht deshalb gut, weil sie etwa von der CDU/CSU vertreten würde, und eine an sich gute Sache nicht deshalb schlecht, weil sie von einer anderen Partei, sagen wir einmal der SPD, vertreten wird.“ Das Betriebsverfassungsgesetz vom 19. Juli 1952 z. B. sei nicht deshalb gut und einwandfrei, „weil es von einer bestimmten politischen Koalition geschaffen und sogar von einzelnen Persönlichkeiten kirchlicher Vereine geradezu leidenschaftlich verteidigt wird“. Es muß aber Personen und Kräfte geben, „die die Wahrheit sagen und wirkliche Ordnung und wahres Recht in dieser Welt verkünden und vertreten“. Diese Kräfte sind nach Föcher neben den Kirchen vor allem die Gewerkschaften, die „nun einmal sammelnde und ordnende Kraft sind“ und die in den Notzeiten nach 1945 neben — „vielleicht“! — den Kirchen allein die Helfer des deutschen Volkes waren. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Föcher eine Bekämpfung der Gewerkschaften nur als Verdrehung der Wahrheit, entweder aus Unkenntnis oder aus „zweckbestimmter Frivolität“ ansehen kann. Er ist davon überzeugt, daß jeder Versuch, die Einheitsgewerkschaft zu spalten, völlig aussichtslos sei. „Solange soziales Unrecht bleibt, ist das Aufbegehren der unterdrückten Schichten gegen dieses Unrecht die

unausbleibliche Folge.“ Man muß nach dem Studium der Argumentation Föchers leider sagen, daß das Urteil von Götz Briefs über die „weltanschauliche Ausstattung führender Gewerkschaftskreise“ (das wir am Ende dieses Berichtes S. 186 referieren) anscheinend auch für ihn zutrifft.

Föcher, der mit dieser Schrift die Vorurteile der Öffentlichkeit gegenüber den Gewerkschaften durch eine „sachliche Argumentation“ wegräumen will, greift an bestimmten wichtigen Stellen seiner Schrift direkt oder indirekt die Führung der KAB und die von ihr verteidigten sozialen Gesetzeswerke, wie das Betriebsverfassungsgesetz, an. Man kann daher annehmen, daß es nicht zuletzt eine der Absichten Föchers bei der Abfassung dieser Beiträge gewesen ist, die verantwortlichen Leiter der katholischen Standesorganisation als nicht im echten Sinne repräsentationswürdig und -fähig für die katholischen Arbeiter hinzustellen. Wenn Föcher davon spricht, daß dieser Kampf gegen die Gewerkschaften in der Absicht betrieben wird, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter und besonders in den katholischen Teil der Gewerkschaftsmitglieder hineinzutragen, so kann man hierzu nur sagen, daß seine Stellungnahme das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsführung, KAB und christlichen Arbeitern keineswegs entspannt und geklärt hat.

Die Antwort der KAB

Auf diese Beiträge antwortet der Schriftleiter der „Kettelerwacht“, Johannes Even, im Informationsblatt der KAB vom 7. 10. mit einer ausdrücklichen Warnung vor den „Unwahrheiten und Irrtümern“, die die Föcher'schen Aufsätze enthalten. Föchers Forderungen entsprächen in keiner Weise der christlichen Auffassung. Obwohl Even in seiner Schrift „Das Betriebsverfassungsgesetz auf der Waage“ den positiven und fortschrittlichen Charakter dieses Gesetzes ausführlich herausgestellt und in diesem Zusammenhang die negative Einstellung der Gewerkschaft gegen jeden sozialen Gesetzgebungsakt der Regierungsparteien verurteilt hatte, betont er an dieser Stelle nochmals, daß die Sicherheit der wirtschaftlichen Existenz niemals allein mit gesetzlichen Bestimmungen gewährleistet werden könne, da sie in viel stärkerem Maße von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft abhängt. Even hält es für unfair, daß Föcher die wirtschaftlichen Leistungen der jetzigen Regierung völlig verschweigt, daß das von der Regierung beschlossene Kündigungsschutzgesetz mit keiner Silbe erwähnt wird, ebensowenig die Tatsache, daß bei allen diesen sozialen Gesetzen die Vertreter der früheren christlichen Gewerkschaften bahnbrechend mitgewirkt haben. Even belegt mit neuem Material, daß die Behauptung, die Gewerkschaften verletzen die parteipolitische und weltanschauliche Neutralität, von der Führung der KAB nicht zu Unrecht aufgestellt worden ist. Die KAB weist ferner den Anspruch der Gewerkschaften auf alle Lebensgebiete schärfstens zurück. Wie schon in seiner Schrift „Das Betriebsverfassungsgesetz auf der Waage“ fordert Even die Gewerkschaften erneut auf, sich für die Eigentumbildung des arbeitenden Menschen einzusetzen, statt in der Sozialisierung der Grundstoffindustrie das Allheilmittel zu sehen. Die frühere kapitalistische Wirtschaft sei durch zahlreiche Bestimmungen so stark eingeschränkt, daß von einer kapitalistischen Wirtschaft in altem Sinn nicht mehr gesprochen werden könne. Solange die Gewerkschaften nicht bewei-

sen können, daß eine Sozialisierung im Interesse des Gemeinwohles notwendig sei, sind die katholischen Gewerkschaftsvertreter gegen jede Sozialisierung aus Sorge, daß die Interessen der Arbeiter dadurch Schaden erleiden könnten.

Even kommt dann erneut auf die negative Kritik der Gewerkschaften gegenüber allen Maßnahmen der Regierung zu sprechen, die weit über den Rahmen des Sachlichen hinausgeht und sich völlig den Realitäten verschließt. „Sowohl durch diese ätzende Kritik als auch durch die von marxistisch-materialistischem Geist getragene Bildungs- und Aufklärungsarbeit macht sich die Gewerkschaft zum verlängerten Arm der SPD und, ob gewollt oder ungewollt, zuletzt auch der KPD. Ein Volk, welches dauernd gegen den Staat aufgehetzt wird, muß diesen schließlich verneinen und wird damit anfällig für eine totale Diktatur. Insofern müssen wir leider dabei bleiben, daß durch die jetzigen Methoden des DGB seine Mitglieder zur Staatsverneinung geführt und hierdurch letztlich dem Kommunismus Vorschubdienste geleistet werden.“ Gegenüber der Zusicherung Föchers, Staat und Kirche könnten beruhigt sein, da ihre Rechte in keiner Weise gefährdet seien, macht Even darauf aufmerksam, daß es unnütz sei, von religiöser Toleranz zu sprechen, wenn diese nur für den sakralen Raum gelten soll, für das öffentliche Leben dagegen abgelehnt wird. Even fordert im Namen der katholischen Arbeiterbewegung eine Einheitsgewerkschaft, in der christliche Menschen ohne Gewissenskonflikte Mitglieder sein können. Das setzt aber zunächst die Einsicht der führenden Männer im DGB voraus, daß die jetzige Gewerkschaft diese Voraussetzungen in keiner Weise erfüllt.

Die Stellungnahme der westdeutschen Bischöfe

Die westdeutschen Bischöfe haben auf ihrem Herbstkonveniat, das vom 4. bis 6. 11. 1952 in Limburg abgehalten wurde, diese Forderungen des KAB durch eine Verlautbarung nachdrücklichst unterstützt. Die Bischöfe weisen zunächst darauf hin, daß von jeher die Päpste und Bischöfe die Notwendigkeit katholischer Standesorganisationen betont und ihre Tätigkeit begrüßt haben. Das gilt vor allem für die katholische Arbeiterschaft. Mehr denn je kommt es heute darauf an, dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, sich ständig in seinem Glauben zu vertiefen und sich in seinem Denken und Streben an der Soziallehre der Kirche zu orientieren. Darüber hinaus muß ihm seine apostolische Verantwortung zum Bewußtsein gebracht werden, da er an erster Stelle mit aufgerufen ist, entscheidend am Aufbau einer mit christlichem Geist erfüllten Sozialordnung mitzuarbeiten. Die Bischöfe fahren dann fort: „Alles das bemüht sich in vorbildlicher Weise die KAB den Arbeitern zu geben. Treu den Weisungen der Kirche, nur besorgt um das wahre Wohl des Arbeiterstandes, nimmt sie mutig und entschlossen zu den brennenden Zeitfragen Stellung.“

„Wir Oberhirten verstehen und teilen die Sorgen der KAB um die Entwicklung der Einheitsgewerkschaft. Wir danken den Männern, die aus tiefer christlicher Verantwortung heraus ihre Mitglieder, die in den Gewerkschaften stehen, auf sichtbar werdende gefährliche Tendenzen hingewiesen und die Gewerkschaft selbst nachdrücklichst an die Wahrung weltanschaulicher Neutralität und echter Toleranz gemahnt haben, ganz sicher zum besten der Gewerkschaft selbst. Wir danken auch jenen katholischen

Angehörigen der Gewerkschaft, die unter schwierigsten Verhältnissen bemüht sind, einen lebendigen Glauben zu bewahren, und bestrebt bleiben, Toleranz und Neutralität in den Gewerkschaften durchzusetzen. Sie mögen überzeugt sein, daß sie auch dem eigentlichen Anliegen der Gewerkschaft den besten Dienst erweisen, wenn sie die Berechtigung und Zweckmäßigkeit der gewerkschaftlichen Forderungen und Zielsetzungen immer wieder prüfen an den erleuchteten und klaren Weisungen der Kirche.“

Die Bischöfe ermutigen die KAB, sich auch in Zukunft der christlichen Belange anzunehmen, und bitten alle katholischen Arbeiter, durch Beitritt die Reihen der KAB zu stärken. Ebenso fordern die Bischöfe alle Seelsorger, vor allem auch die in den ländlichen Bezirken auf, ihre erhöhte Aufmerksamkeit der Arbeiterfrage zuzuwenden und sich für die Förderung der KAB und Christlichen Arbeiter-Jugend einzusetzen.

Hintergründe und Ursachen der Spannungen

Wer die Hintergründe und Einzelheiten dieser Auseinandersetzung zwischen Einheitsgewerkschaft und KAB nicht näher kennt, könnte meinen, es handle sich bei diesem Streit vor allem um ein Austragen persönlicher Differenzen, zumal die Wortführer, Föcher wie Even, beide katholische Christen sind.

Nun hat in jüngster Zeit ein hervorragender Kenner der Gewerkschaften in diesen Meinungsstreit eingegriffen, indem er die Stellung der Gewerkschaften in Wirtschaft und Staat auf Grund ihrer geschichtlichen Entwicklung einer gründlichen Analyse unterzogen hat. Götz Briefs, der diese Gedanken in einem Buch „Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus“ (Leo Lehnen Verlag, München 1952) niedergelegt hat, verzichtet bei dieser Abrechnung weitgehend auf weltanschauliche Prämissen. Er zeigt den Weg der Gewerkschaften zum Totalismus allein aus dem den Gewerkschaften innewohnenden Gesetz auf, dem die Gewerkschaften nur dann zu entgehen vermögen, wenn sie sich auf ihre historische Ausgangsstellung besinnen.

Irrtümer und Fehlentwicklungen

Briefs sieht in der heute weithin verbreiteten Vorstellung von der Antithese Sozialismus-Kapitalismus das verhängnisvollste Erbe des Marxismus. Nicht das Privateigentum als solches ist die Quelle des sozialen Übels, sondern seine gefährliche Verbindung mit der „Ethik“ des Selbstinteresses. Wäre es in der Frühzeit des modernen Kapitalismus nicht zu dieser Verbindung gekommen, dann hätte sich nicht die Antithese Sozialismus-Kapitalismus gefunden. Marx hätte seine These von der Determiniertheit der Geschichte auf die Emanzipation der arbeitenden Klassen nicht entwickeln können, vor allem wäre es nicht zu dem Glauben an einen Kollektivismus gekommen, mit dessen Hilfe man die Freiheit und Würde des arbeitenden Menschen verwirklichen will. Man hätte vielmehr erkannt, daß jedes Wirtschaftssystem eine Kombination von Arbeit und Kapital unter sachverständiger und verantwortlicher Leitung darstellt. Auf Grund des Versagens der Unternehmerschaft in der Frühzeit konnte sich aber dieser Traum von der Selbsterlösung der Menschheit entwickeln und in den Hirnen der entrechteten Arbeiter festsetzen. Dazu kommt, daß sich die Gewerkschaften im Verlauf der letzten 50 Jahre, vor allem seit 1945, immer mehr als ein geschlossener Machtblock herausgebildet haben. Sie sind mit einer Macht ausgestattet, die weit

über das Maß der Macht hinausgeht, mit der in der Frühzeit der Gewerkschaften — Briefs nennt diese die „klassischen“ — alle die Erfolge für den Arbeiter erkämpft wurde, die diesem — und das ist das entscheidende Verdienst der Gewerkschaften — seinen Status als Person zurückgegeben haben. Heute ist die Macht der Gewerkschaften so groß, daß sie nicht wissen, was sie mit ihr anfangen sollen, da ja alle die Ziele, die zu erreichen sich die klassische Gewerkschaft vorgenommen hatte, verwirklicht sind. Also sucht man sich ein neues Objekt, um das es sich zu kämpfen lohnt und das einer Machtprobe würdig ist. So kommt es zur Auseinandersetzung mit dem Staat und darüber hinaus zum Eingriff in alle Ordnungsbereiche der Menschen, für die selbst der Staat nur Subsidium sein darf. Der Zug zum Totalismus liegt also neben dem gedanklichen Ansatz im Marxismus auch in der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaften begründet.

Gruppenindividualismus

Dieses Ausspielen von Machtpositionen gegen den demokratischen Prozeß ist weiterhin darin begründet, daß die Gruppeninteressen wichtiger erscheinen als die Demokratie als solche. In diesem Punkt sind die Gewerkschaften die legitimen Nachfahren des alten, heute weitgehend gebändigten Liberalismus. Sein Ordnungsbild beruhte auf der Selbstverantwortung des einzelnen mit der Leitlinie des Selbstinteresses und der ungehinderten Konkurrenz. Der entsprechende Gegendruck gegen diesen Individualismus kam aus den Kreisen derjenigen, die durch ihn geschädigt wurden. Um sich möglichst stark zu machen, verbündete man sich und setzte an Stelle des alten Egoismus den Gruppenindividualismus. Auf diese Weise kommt es zum Kampf der Verbände um ihren Anteil am Sozialprodukt. Das ist die zweite Phase des wirtschaftlichen Liberalismus. Dieser Kampf spielt sich in der liberalen Demokratie ab, die für diese Auseinandersetzungen einen günstigen Boden abgibt. Die liberale Demokratie übersieht nämlich die natürlichen Gliederungen und alle zweckhaften Organisationen vopolitischen Art, wie Familie, Gesellschaft und Kirche, weil sich die liberale Gleichheits- und Vernunftsideologie nicht damit befreunden kann, daß das Ganze der Gesellschaft gegliedert und durch Autorität zusammengehalten wird. Wenn dann die Autorität nicht sakral unterbaut ist und auch nicht mehr als vernünftige Spielregel aufgefaßt und anerkannt wird, entartet die Demokratie zu einem Mittel für Zwecke machtvoller Gruppen. Es ist klar, daß der Pluralismus der Verbände jede gesellschaftliche Befriedung ausschließt, solange er nach dem Gesetz des Vorranges jeweiliger Machtansprüche von Gruppen verfährt. Von dieser Haltung der völlig vereinseitigenden Sicht kann gerade der linke Flügel der Arbeiterbewegung nicht freigesprochen werden, der die Verantwortung für alle nur denkbaren Übelstände auf die „Gesellschaft“ abgewälzt hat. Die Enttäuschungen und Spannungen, die hinter diesem einseitigen Fordern stehen, entstammen Bereichen jenseits von Staat und Wirtschaft und sind der Ausdruck für die metaphysische Unruhe einer Zeit, die ihren Halt im Absoluten verloren hat.

Es geht in dieser zweiten Phase des Kampfes um mehr als nur die Anteile am Sozialprodukt. Es geht um die Sicherheit und Stärke der Verbände selber. Es geht damit um den Funktionär der Verbände, den bestellten Anwalt gegen ein anderes Interesse. Er lebt von der Polémik.

Würde eine dauernde Formel für den Interessenausgleich zwischen den Sozialgruppen gefunden, dann verlöre er seine Existenz. Aus diesem Existenzinteresse können die Funktionäre nicht wünschen, daß es zu einer echten Gruppenverständigung kommt.

Wirtschaftlich gesehen, sind in dieser zweiten Phase des Liberalismus die Preise und Einkommen des anonymen Marktes ersetzt durch die Preisabreden der Repräsentanten der Verbände. Die Preisbildungsfunktion verlagert sich vom Markt in die Konferenzräume der Kartelle, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Wo es zu Fehlentwicklungen zwischen den Kontrahenten kommt, stellen sich Bankrotte und Arbeitslosigkeit ein. Da man die Neigung hat, die Demokratie für alle chaotischen Zustände haftbar zu machen, löst man sich von ihr. Die Lage wird reif für den Umschlag in den totalitären Staat. Der Totalismus löscht die Welt der chaotischen Gruppenverbände aus. Er reklamiert seine Freiheit, seine „unabhängbaren Forderungen“, sein Interesse als absolute Norm und den Kampf um seine Souveränität. Der Totalismus ist die Endphase des Liberalismus. Es mag für den Totalismus möglich sein, eine zentralistische Planwirtschaft aufzubauen; was gegen ihn vorgebracht werden muß, ist, daß er als einzige Macht den Menschen gegenüberzutreten sucht und damit die fundamental menschlichen Personwerte zerstört.

Demokratie und Demokratismus

Briefs kommt dann auf die Wirtschaftsdemokratie zu sprechen. Das Wort, das in der englischen Gewerkschaftsbewegung aufgekommen ist und auch in Deutschland Karriere gemacht hat, deutet an, daß ein Begriff, der der politischen Ebene angehört, auf einen anderen Raum übertragen wird. Briefs stellt die Frage, ob das möglich sei. Er unterscheidet zwei Interpretationen und Anwendungen dieses Begriffes. Die eine umschließt die Anwendung des politischen Prinzips auf die Wirtschaft in der Annahme, daß dort ähnlich günstige Voraussetzungen vorhanden seien und mit dieser erprobten Methode Resultate erzielt werden können wie in der politischen Demokratie. Die andere Interpretation sieht in der Demokratie eine weltanschauliche Haltung, die aus der Masse und Massenführung herauspringt und sich als generelles Prinzip für alle Sphären des menschlichen Miteinanderseins präsentiert. Dieser Demokratismus besitzt den Charakter einer säkularen Philosophie, von deren allgemeiner Geltung das Heil schlechthin erwartet wird. Sie strebt zum Monopol und beansprucht Ausschließlichkeit auf allen Lebensgebieten. Soziologisch läuft diesen beiden Fällen parallel der alte Typus der kämpfenden „klassischen“ Gewerkschaft des 19. Jahrhunderts. Für den Bereich der Demokratie von heute dagegen der Typ, den Briefs die „befestigte“ Gewerkschaft nennt, die ständig mit dem Demokratismus als Weltanschauung liebäugelt.

„Teamwork“ statt Demokratie

Überträgt man das demokratische Prinzip auf die Wirtschaft, so kommt man auf die Dauer an zwei wesentlichen Dingen von Betrieb und Unternehmung nicht vorbei: an ihrer technischen Zwangsläufigkeit und ihrer wirtschaftlichen Risikonatur. Es hat keinen Sinn, demokratisch formen zu wollen, was seiner Natur nach dieser Formung nicht zugänglich ist. Daneben aber gibt es auch eine Sphäre, in der die Mitsprache der Belegschaft und

ihrer Repräsentanten möglich ist, ohne daß der rationale Ablauf des Betriebs dadurch gefährdet ist. Briefs möchte für dieses Mitwirken der Belegschaft am Betrieb das Wort „demokratisch“ durch das Wort „teamwork“ ersetzt wissen, weil diese Art Mitsorge viel mehr mit menschlichem Verständnis und Kooperation zu tun hat. Kein Teilnehmer kommt ohne den anderen aus, alle gehorchen einer Aufgabe. Wo immer sich die Partner über die gemeinsame Aufgabe nicht einigen können, entfesselt das Schlagwort Demokratie einen Kampf um die Macht. Verschieben sich dann die Machtverhältnisse in den Betrieben, dann mögen andere Leute in den Büros sitzen, es werden niemals die Arbeiter sein.

Die Mitbestimmung

Fragt man sich, ob in der Gewerkschaftsbewegung selbst ein innerer Ansatz zur Mitbestimmung liegt, so muß erwogen werden, ob es sinnvoll sein kann, wenn die Gewerkschaften unternehmerische und arbeitgeberische Funktionen gleichzeitig übernehmen, um damit — nun kapitalistisch geworden — den alten liberalen Kapitalismus zu vernichten. Briefs muß das als Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler verneinen, weil die Gewerkschaft den Kapitalismus benötigt „wie der Fisch das Wasser“. Die liberalkapitalistische Ordnung ist das Gesetz, nach dem die Gewerkschaften angetreten sind. Wenn diese Ordnung zugrunde geht, geht die Gewerkschaft mit zugrunde. Oder sie muß sich verändern. Steht ihr die Funktionsverfassung höher als die Anerkennung der geschichtlichen Ordnungen, dann muß sie sich verfälschen, auch wenn ihre Führer immer wieder behaupten, die Gewerkschaft sei die alte, die allein den Interessen des Arbeiters dient. Sie muß mit ihren Forderungen für die Arbeiter allen anderen Bevölkerungsgruppen gegenüber ungerecht werden, wenn es dem Arbeiter wirtschaftlich — und zwar nicht nur auf Grund von zeitweiligen Konjunkturen — besser geht als den anderen Ständen. Die Frage ist, ob die Gewerkschaften noch einen Blick haben für ihre Verantwortung gegenüber dem Gesamten, oder ob sich nicht eine Entwicklung abzeichnet, die von einem ausschließlichen „Willen zur Macht“ gekennzeichnet ist, einmal um die Existenz der Funktionäre sicherzustellen und um mit dieser Machtfülle, die man in den Händen hat, bestimmte utopisch-totalistische Ziele zu verfolgen. Da man haben will, muß man fordern. Das Mittel, um die Forderungen durchzudrücken, ist nach Briefs die Mitbestimmung durch die Gewerkschaften.

Bei der Mitbestimmung im Betrieb sind die Gewerkschaften nicht Arbeiter, Interessenten des Betriebes, sondern Funktionäre. Es wird sich zeigen, ob diese Funktionäre gewillt sind, alle Verantwortung für den Betrieb zu tragen, wenn ein Konflikt zwischen Betriebsinteressen und Gewerkschaftsinteressen ausbrechen sollte. Solche Konflikte werden nicht ausbleiben, da ein Condominium von zwei Partnern eingegangen wird, deren grundsätzliche Haltungen und Standpunkte sehr verschieden sind. Es könnte sich dann ereignen, daß das Condominium der Mitbestimmung in ein Dominium umschlägt oder sich immer mehr zu nur einer Macht hinneigt, und das vollzöge sich auf überbetrieblicher Ebene. Das wäre Totalismus in der Form des Syndikalismus. Dieser Syndikalismus als „Gemeinwirtschaft“ geistert heute durch die Reihen der Gewerkschaften, nachdem sie aus den englischen Erfahrungen gelernt haben, daß mit einer Verstaatlichung der

Grundindustrien nicht alles gewonnen ist. Schließlich will man nicht die kapitalistische Bürokratie durch eine staatliche ersetzen, die genau so in Konkurrenz mit der gewerkschaftlichen Bürokratie stünde. Die Gewerkschaften glauben, daß die dritte Ordnung unbemerkt in die bestehende Ordnung eingebaut werden kann. Sieht man genauer zu, ist diese neue Ordnung geeignet, das ganze System der freien Unternehmung in die Luft zu blasen. Briefs warnt vor der Macht in den Händen der Gewerkschaften, die — dialektisch, wenn man will — zum Werkzeug der Zerstörung von Wert und Würde des arbeitenden Menschen werden kann. Er fordert Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften auf, umzudenken, da sie beide nach einem Gesetz angetreten sind, das mit dem Sein des Menschen und der Gesellschaft nicht übereinstimmt. Die europäischen Gewerkschaften könnten hier von den amerikanischen lernen, die erkannt haben, daß es unsinnig ist, „wenn sich zwei soziale Gruppen als metaphysische Feinde betrachten, die doch tatsächlich in der täglichen Arbeit für die wirtschaftliche Produktion verbunden sind... Die einfachste Übung der sozialen Gerechtigkeit ist erfolgreiche Produktion“.

Die Vredener Rede

Auf Grund dieser Überlegungen kommentiert Briefs eine Rede, die der damalige erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette, am 30. Juli 1952 in Vreden gehalten hat. Der programmatische Charakter der Rede läßt annehmen, daß sie die Billigung der maßgeblichen Stellen des Gewerkschaftsbundes gefunden hat. Die Rede behandelt die Stellung der Gewerkschaften im Staat und gibt so etwas wie eine Philosophie der Gewerkschaften, den Umriss einer Philosophie des Staates und eine Philosophie der beiderseitigen Beziehungen. In ihr wird auch gesagt, daß zum politischen Gedankengut der Gewerkschaften die christliche Soziallehre genau so wie der Marxismus und der Syndikalismus gehört. Briefs sieht in dem „genau so“ einen geistigen Kurzschluß, da Marxismus und christliche Soziallehre erklärte Feinde und Gegensätze sind, die sich miteinander nicht vertragen können. Briefs führt noch andere ähnliche Beispiele an, die „einen Einblick in die weltanschauliche Ausstattung führender Gewerkschaftskreise“ erlauben. Er kommt ferner auf Grund der Ausführungen Fettes zu dem Ergebnis, daß für die Gewerkschaften der Staat nur ein „flatus vocis“, etwas Phänomenales ist, während sie, die Gewerkschaft, allein das Reale darstellt. Briefs kommt ferner zu dem Ergebnis, daß es für Fette gute Revolutionen gibt, die der DGB veranstaltet, und schlechte, die von den Gegnern des DGB gemacht werden. Der demokratische Staat wird als Organ der Gewerkschaften angesehen. Neben ihr als letzter einziger öffentlicher Organisation sinken die Kirche, die Behörden, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Verbände ins Nichts. Die Konsequenzen dieser Rede können nur lauten: alle Macht dem DGB und seinen Funktionären. Briefs mag nicht daran glauben, daß „die deutsche Gewerkschaftsbewegung auf diesem Tiefstand der Konzeption und diesem Hochstand von Konfusion und Megalomanie angelangt ist“ und daß sich das deutsche Volk von einer derartig orientierten Gewerkschaftspolitik wiederum vor den Wagen eines neuen Totalismus spannen läßt. „Die eine bittere Erfahrung sollte genügen. Auch den Gewerkschaften.“